



**June 29, 1995**

**German Bundestag, 13th Legislative Period,  
'Response of the Federal Government to the Small  
Inquiry of the SPD faction—Printed Matter  
13/1455—Strengthening the Treaty on the  
Non-Proliferation of Nuclear Weapons'**

**Citation:**

"German Bundestag, 13th Legislative Period, 'Response of the Federal Government to the Small Inquiry of the SPD faction—Printed Matter 13/1455—Strengthening the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons'", June 29, 1995, Wilson Center Digital Archive, Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1942, 04.07.95  
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/165238>

**Summary:**

Review of steps taken by the German federal government to limit proliferation of nuclear weapons.

**Credits:**

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Translation - English

Deutscher Bundestag  
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1942

04. 07. 95

## Antwort

der Bundesregierung

Ufa  
Ø Safeguards  
NPT  
JNEO  
FRM II

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD  
– Drucksache 13/1455 –

### Stärkung des Vertrages zur Nichtverbreitung von Kernwaffen

Mit der im Mai 1995 beschlossenen unbefristeten Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages ist ein notwendiger, aber keineswegs hinreichender Schritt getan, um die Anzahl der Atomwaffenstaaten weiterhin begrenzt zu halten. Neben einer völkerrechtlich bindenden Übereinkunft über die Beendigung der Atomwaffentests und weiteren nuklearen Abrüstungsschritten wird es für die zukünftige Wirksamkeit dieses Vertrages auch entscheidend sein, ob es gelingt, die Kontrollregimes, die im Zusammenhang mit dem Vertrag geschaffen wurden, zu verbessern und auszubauen. Mit diesem Ziel hatte der Deutsche Bundestag am 23. Juni 1993 einen entsprechenden Antrag einstimmig angenommen.

1. Was hat die Bundesregierung getan, um den Beschluß des Deutschen Bundestages zur Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 23. Juni 1993 umzusetzen?

Die Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz der Parteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) hat sich nach vierwöchigen intensiven Verhandlungen am 11. Mai 1995 im Konsens auf die unbefristete Verlängerung des NVV geeinigt.

Die Bundesregierung hat damit das von ihr und den Partnern verfolgte Ziel erreicht, das auch Kern des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1993 ist. Es hat sich das von der Bundesregierung konsequent verfolgte Konzept durchgesetzt, daß nukleare Abrüstung und internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nur auf der dauerhaft gesicherten Grundlage des NVV möglich sind. Das Konferenzergebnis wird nicht nur die Dauerhaftigkeit des Nichtverbreitungssystems sichern, sondern auch zu seiner Stärkung und glo-

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 29. Juni 1995 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

balen Geltung beitragen. Die von der Konferenz im Konsens angenommenen beiden Dokumente zu Struktur und Inhalt künftiger Vertragsüberprüfungen werden zugleich Auftrieb für weitere Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung geben, vor allem für die Verhandlungen über den Umfassenden Nuklearen Teststopp und über einen Produktionsstopp für Spaltmaterial zu Waffenzwecken.

Wesentliche Voraussetzungen für das jetzt erreichte Ergebnis wurden nicht zuletzt durch die fast dreijährigen konsequenten Bemühungen und die Überzeugungsarbeit westlicher Staaten geschaffen, an denen sich die Bundesregierung aktiv beteiligt hat. Wir leisteten insbesondere durch weltweite Demarchenaktionen im Rahmen der von uns mitinitiierten „Gemeinsamen Aktion zur Vorbereitung der NVV-Konferenz“ der EU und zahlreiche bilaterale Gespräche mit Schlüsselstaaten wichtige Beiträge.

Die Bundesregierung wird im Gefolge ihrer aktiven Rolle bei der NVV-Verlängerung auch künftig sichtbar für die Stärkung des nichtverbreitungspolitischen Umfeldes eintreten.

2. Welche Schritte hat die Bundesregierung zur Stärkung der Kontrollmöglichkeiten der IAE0 unternommen?

Die intensiven Bemühungen der IAE0 zur Stärkung der Kontrollmaßnahmen werden von der Bundesregierung unterstützt. Unter maßgeblicher Mitwirkung des deutschen Mitgliedes hat das Exekutivgremium der IAE0, der Gouverneursrat, nach den Erfahrungen im Irak und in Nordkorea folgende Schritte beschlossen:

- Verpflichtung der Vertragsstaaten, Informationen über Bau und Konstruktion geplanter Anlagen so früh wie möglich an das Sekretariat zu übermitteln („Early Design Information“);
- Implementierung des „Universal Reporting System“, wonach sich die Vertragsstaaten freiwillig verpflichten, über den Transfer von nuklearem Material, spezifischer Ausrüstung und nicht-nuklearem Material an die IAE0 Meldung zu erstatten. An diesem System beteiligt sich EURATOM und damit auch Deutschland;
- Bestärkung des Rechts der IAE0 zur Durchführung von Sonderinspektionen.

Die Bundesregierung ist durch ihre aktive Mitwirkung im Gouverneursrat und in einem Experten-Beratungsgremium der IAE0 an der Erarbeitung und Prüfung eines integrativen Gesamtkonzeptes zur Stärkung der Effektivität und zur Verbesserung der Effizienz des Sicherungssystems (Programm „93+2“) wesentlich beteiligt.

3. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung für erweiterte Inspektionsrechte der IAE0 gemacht?

Das vom Sekretariat der IAE0 im Auftrage des Gouverneursrates und unter dessen beratender Mitwirkung ausgearbeitete umfas-

sende Programm zur Stärkung des Sicherungssystems ist vom Gouverneursrat in seiner Sitzung im März 1995 generell gebilligt worden. Die Bundesregierung unterstützt die darin enthaltenen Vorschläge zur Erweiterung der Inspektionsrechte der IAEO (erweiterte Informationsrechte, erweiterter Zugang). Die konkrete Implementierung dieser und anderer Vorschläge, z. B. die Einführung neuer Verifikationsmethoden (Umgebungsuntersuchungen) wird das Sekretariat mit den Mitgliedstaaten insbesondere im Hinblick auf Umfang, Voraussetzungen, Begründung und Randbedingungen näher zu prüfen haben.

4. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung für Verdachtskontrollen in nichtdeklarierten Anlagen gemacht?

Nach den Erfahrungen im Irak und in Nordkorea hat sich die Bundesregierung im Gouverneursrat der IAEO mit Nachdruck dafür eingesetzt, die Kontrollmöglichkeiten und -fähigkeiten des Sekretariates, insbesondere im Hinblick auf die Entdeckung nichtdeklarer Anlagen, zu stärken. Die Bundesregierung ist dabei der Auffassung, daß in Verdachtsfällen, wie z. B. in Nordkorea, die bisher wenig genutzte Befugnis der IAEO zur Durchführung von Sonderinspektionen ein geeignetes und effizientes Mittel sein kann.

5. Welche Initiativen hat die Bundesregierung zur Einbeziehung von Anlagen und Anlagenteilen in das Inspektionsregime der IAEO ergriffen?

Anknüpfungspunkt für die Sicherungsmaßnahmen der IAEO ist nach der Vorgabe des NVV der Brennstoffkreislauf. Die Inspektionstätigkeit konzentriert sich auf (Kamera-)Überwachung des Materials innerhalb geschlossener, versiegelter Behälter bzw. Räume und die Probenentnahme an Schlüsselmeßpunkten.

Im Fall von Unklarheiten oder Informationsdefiziten kann eine Sonderinspektion angeordnet werden, die Zugang nicht nur zu den genannten Informationen und Meßpunkten, sondern auch zu „anderen Lokalitäten“ umfassen kann. Ein solches Inspektionsrecht bezieht sich u. a. auf Anlagen und Anlagenteile. Die Bundesregierung bestärkt die IAEO ausdrücklich in ihrem Recht auf Ausübung dieser Befugnis im Verdachtsfalle.

6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um sämtliche zivilen Nuklearanlagen der VN-Vertragsstaaten, auch die der Nuklearwaffenstaaten, in die von der IAEO durchgeführten Spaltstoff-Kontrollen aufzunehmen?

Da alle Nichtkernwaffenstaaten im NVV vertraglich verpflichtet sind, mit der IAEO ein umfassendes Sicherheitsabkommen abzuschließen, unterliegen grundsätzlich alle von ihnen deklarierten nuklearen Anlagen den IAEO-Kontrollen. Zivile Nuklearanlagen der Kernwaffenstaaten unterliegen bisher lediglich IAEO-Kon-

## Drucksache 13/1942

Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode

trollen, soweit diese Staaten sich auf freiwilliger Basis diesen unterworfen haben und die IAEO Inspektionen im Rahmen ihrer Kapazitäten durchführen kann. Sowohl bei Beratungen des Gouverneursrates der IAEO als auch bei der NVV-Konferenz setzte sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Einbeziehung ziviler Nuklearanlagen der Kernwaffenstaaten in das IAEO-Kontrollsystem ein. Im Schlußbericht des Hauptausschusses II (Überprüfung der Implementierung der Sicherheitsbestimmungen des NVV) sprachen sich die Delegationen einmütig für eine breitere Anwendung von Spaltstoff-Kontrollen in solchen Anlagen aus.

In die gleiche Richtung zielt auch der in der deutschen Nichtverbreitungsinitiative vom 15. Dezember 1993 enthaltene Vorschlag eines Internationalen Plutonium Regimes (IPR). Damit soll ein verbindliches internationales Regime geschaffen werden, das durch Transparenz und unabhängige Kontrolle vertrauensbildend wirkt und Proliferation und militärische Wiederverwendung des aus der Abrüstung stammenden waffenfähigen Materials nach Möglichkeit ausschließt. Es richtet sich an alle Staaten, unabhängig von ihrem Status innerhalb des Nichtverbreitungsregimes, und soll die Sicherungsmaßnahmen für Plutonium und hochangereichertes Uran auf ein möglichst hohes gleiches Niveau bringen. Das Ziel ist dabei eine vollständige Erfassung der Bestände weltweit.

7. Hat die Bundesregierung Mittel vorgesehen, um einen technischen und personellen Ausbau der IAEO mitzufinanzieren?

Inwieweit die Implementierung der erwähnten zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung des Kontrollsystems mittelfristig einen technischen und personellen Ausbau der IAEO erfordern wird, ist noch nicht im einzelnen erkennbar. Das Sekretariat der IAEO geht gegenwärtig davon aus, daß die zur Implementierung im Jahre 1996 vorgesehenen ersten Maßnahmen im Rahmen des für dieses Jahr vorgeschlagenen Budgets finanziert werden können. In die finanziellen Erwägungen einzubeziehen ist außerdem die Tatsache, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz (z.B. neue technische Verifikationsmethoden oder verstärkte Zusammenarbeit mit staatlichen oder regionalen Kontrollsystemen, z. B. EURATOM) zu nicht unerheblichen Kosteneinsparungen führen und damit Mittel für geplante zusätzliche Maßnahmen freistellen werden. Einen möglicherweise mittelfristig sich ergebenden finanziellen Mehrbedarf im IAEO-Haushalt für Sicherungsmaßnahmen wird die Bundesregierung zu gegebener Zeit, unter Berücksichtigung der nichtverbreitungspolitischen Bedeutung der IAEO-Sicherungsmaßnahmen, zu prüfen haben.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß im Rahmen des deutschen Unterstützungsprogramms für IAEO-Sicherungsmaßnahmen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Zusammenarbeit mit den Inspektoraten von IAEO und EURATOM durchgeführt werden. Das Volumen dieses Programms beträgt etwa 1 Mio. DM jährlich, Personal- und Sachaufwand bei der beteiligten Industrie und Wissenschaft nicht eingerechnet.

8. Welche der Vorschläge des Deutschen Bundestages zur Effektivierung des Kontrollregimes für die Nichtverbreitung hat die Bundesregierung aufgegriffen und umgesetzt?

Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, damit neue nukleartechnologische Entwicklungen von vornherein internationaler Kontrolle unterworfen werden?

Zielrichtung und Zweck einiger Vorschläge des Deutschen Bundestages haben Eingang in die Beschlüsse des IAEO-Gouverneursrates vom Februar 1992 und Februar 1993 gefunden. Die Beschlüsse sind rasch umgesetzt worden und haben bereits zur Stärkung des Systems der Sicherungsmaßnahmen beigetragen.

Gemäß Beschluß des Gouverneursrates vom Februar 1992 sind die Vertragsstaaten gehalten, Informationen über den Bau und die Konstruktion geplanter nuklearer Anlagen so früh wie nur irgend möglich der IAEO zu übermitteln, um die Vorbereitung der Durchführung von Sicherungsmaßnahmen zu erleichtern. Diese sowie jeweils aktualisierte Informationen über existierende nukleare Anlagen und deren geplante Modifikationen tragen erheblich zur Transparenz der Nuklearprogramme bei. Darüber hinaus ist Deutschland über EURATOM an dem freiwilligen universellen Berichtssystem der IAEO („Universal Reporting System“) beteiligt. Der Kreis der an diesem System beteiligten Staaten wächst und wird in Zukunft – so die Erwartung – die überwiegende Mehrheit der IAEO-Mitglieder umfassen. Die Liste der meldepflichtigen Waren und Ausrüstungen wird laufend aktualisiert und umfaßt auch nuklearbezogene Mehrzweckgüter.

Unter Bezugnahme auf die Antwort zu Frage 2 wird auf den von der Bundesregierung besonders unterstützten Beschluß des IAEO-Gouverneursrates zur Bekräftigung des Rechts der IAEO auf Durchführung von Sonderinspektionen hingewiesen.

Auch durch erhebliche Beiträge des deutschen Unterstützungsprogramms für Sicherungsmaßnahmen hat das IAEO-Sekretariat wichtige Fortschritte bei der Entwicklung modifizierter und neuer technischer Verifikationssysteme gemacht (z. B. effizientere und leistungsstärkere Überwachungskameras).

Technische Optimierung bestehender und Entwicklung neuer Verifikationstechnologien sind auch Gegenstand gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsarbeit von IAEO und EURATOM.

Auf diesen und auf anderen Gebieten (gemeinsame Nutzung von Geräten, Ausrüstung, Forschungslabors) kooperieren IAEO und EURATOM, um kostenträchtigen Doppelaufwand zu vermeiden. Im Rahmen des seit April 1992 mit konkreten Eckwerten versehenen „Neuen Partnerschaftsansatzes“ ist die gemeinsame Durchführung von Inspektionen vorgesehen, womit personeller und technischer Aufwand reduziert werden soll. Die Implementierung der vorgesehenen Maßnahmen hat bereits zu ersten Einsparungen des IAEO-Aufwands geführt und läßt weitere deutliche Kostenersparnis erwarten.

Was die Einbeziehung neuer nukleartechnologischer Entwicklungen in das Sicherungssystem betrifft, geht die Bundesregierung davon aus, daß die grundlegenden technischen Merkmale der An-

lagen, in denen diese Entwicklungen angewandt werden sollen, rechtzeitig vor Einbringung von Kernmaterial an die IAE0 mitgeteilt werden und damit die ordnungsgemäße Durchführung von Sicherungsmaßnahmen sichergestellt ist. Im übrigen hat auch hier die IAE0 die Möglichkeit zu Sonderinspektionen.

9. Welche Maßnahmen des vorgeschlagenen Reformprogramms der IAE0 (des „93 plus 2“-Programms) zur Verbesserung des Informationszuganges der IAE0 und der Transparenz des Bestandes an Nuklearmaterial unterstützt die Bundesregierung?

Hierzu wird auf die Antworten zu den Fragen 2, 3, 4 und 8 verwiesen.

10. Welche Bedenken erhebt die Bundesregierung gegen eine Umweltüberwachung, bei der Proben von Wasser, Boden und Luft entnommen und untersucht werden?

Die Entnahme von Wasser-, Boden- oder Luftproben innerhalb bzw. auf dem Gelände nuklearer Anlagen sowie in der näheren Umgebung von Anlagen wird von der Bundesregierung als eine nützliche und effektive Maßnahme betrachtet, die Angaben der Betreiber zu Design und Betrieb ihrer Anlagen zu überprüfen. Umfang, technische und organisatorische Voraussetzungen und Bedingungen der Entnahme solcher Umweltproben (u. a. auch die Frage der Vergleichsproben durch den jeweiligen Betreiberstaat) sind noch im einzelnen zu beraten. Die technische Machbarkeit sowie die Aussagefähigkeit flächendeckender, weitgreifender Umweltproben über einen längeren Zeitraum hinweg („Wide Area Environmental Monitoring“) werden derzeit von technischen Experten geprüft und getestet.

11. Ist die Bundesregierung inzwischen, nach Kenntnis der vielfältigen nationalen und internationalen Einwände, bereit, auf den Gebrauch von HEU in Forschungsreaktoren zu verzichten?

Die Bundesregierung hält es nicht für geboten, auf den Einsatz von HEU in Forschungsreaktoren in jedem Fall zu verzichten.

Die Forschung mit Neutronen braucht heutzutage besonders leistungsfähige Strahlquellen. Daher strebt das FRM-II-Projekt einen Neutronenfluß an ( $8 \times 10^{14} \text{ n/cm}^2 \times \text{s}$ ), der nahe an den weltweit leistungsfähigsten Forschungsreaktor des ILL (Institut Laue Langevin) in Grenoble heranreicht. Dem Reaktorkonzept liegt die übliche Kernspaltung, induziert durch langsame Neutronen, zugrunde. Der Einsatz von HEU bietet hierfür besonders günstige Voraussetzungen.

In der frühen Planungsphase des FRM-II Mitte der achtziger Jahre sind von der Projektgruppe der TU München alternative Konzepte untersucht worden, auch im Hinblick auf den Anreicherungsgrad des Brennstoffes. Die Entscheidung für das dann verfolgte Reak-

torkonzept mit einem kompakten Brennelement hoher Anreicherung stützt sich auf die Erfahrungen des ILL-Reaktors. Es verspricht besonders leistungsfähige Meßmöglichkeiten an den Instrumenten des FRM-II bei niedrigen Betriebskosten, niedriger Umweltbelastung und niedrigem Plutoniumanfall.

Im übrigen ist die friedliche Nutzung von hochangereichertem Uran unter internationalen Kontrollen sowohl vom NVV (Ergebnisse der Überprüfungskonferenz vom Mai 1995) als auch von der INFCE-Konferenz (International Fuel Cycle Evaluation) für spezifische wissenschaftliche Zwecke als durchaus zulässig angesehen worden.

12. Welche Maßnahmen zur Entsorgung von Plutonium und anderen waffentauglichen Spaltstoffen unterstützt die Bundesregierung?

Im Rahmen nuklearer Abrüstungshilfe werden mit der russischen Seite seit einiger Zeit Möglichkeiten erörtert, wie das aus der Abrüstung frei werdende Waffen-Plutonium aus ehemals sowjetischen Nuklearwaffen für weitere militärische Nutzung unbrauchbar gemacht werden kann, indem es energetischen Zwecken zugeführt wird.

Erstes Ergebnis ist eine deutsch-russische technische Studie „Über die Produktion von Uran-Plutonium-Brennstoff aus waffenfähigem Plutonium und über die Möglichkeiten seines Einsatzes in der Kernenergiewirtschaft“, die im Februar 1995 fertiggestellt und dem Auswärtigen Amt als Auftraggeber übergeben worden ist. Die Studie wurde aus Mitteln der Abrüstungshilfe mit einem Betrag von 1 Mio. DM finanziert.

Im Zuge vertraglich vereinbarter oder einseitig erklärter Abrüstungsmaßnahmen werden während der nächsten Jahre in Rußland über 100 t an Waffen-Plutonium freigesetzt. In der nun vorgelegten Studie werden unter abrüstungspolitischer Zielsetzung Lösungsmöglichkeiten untersucht. Dabei wird insbesondere die Eignung des „Plutonium-Uran-Mischoxyd(MOX)-Verfahrens“ behandelt. Die Studie entwirft eine Reihe von Empfehlungen zur Fortführung der deutsch-russischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Für 1995 sind hierfür aus Mitteln der Abrüstungshilfe 2 Mio. DM vorgesehen.

Das Entsorgungs- und Rezyklierungskonzept der Bundesregierung sieht vor, daß das Plutonium aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente zu MOX-Brennelementen verarbeitet und in Kernkraftwerken eingesetzt wird.

13. Warum stellt die Bundesregierung für die nukleare Abrüstung in Rußland, Belarus, Kasachstan und der Ukraine nur 13 Mio. DM zur Verfügung, ein Betrag, der angesichts des Umfangs der von diesen Staaten zu leistenden Abrüstung und des deutschen Interesses an dieser Abrüstung völlig unzureichend ist?

Hält die Bundesregierung die Abrüstungshilfe für die vier Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion für nachrangig?

**Drucksache 13/1942**

Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode

Die Bundesregierung hat sich stets für eine Erhöhung der für Abrüstungshilfe bereitgestellten Mittel eingesetzt. In diesem Sinne äußerte sich Bundesminister Dr. Klaus Kinkel wiederholt vor dem Deutschen Bundestag. Die Dringlichkeit der Abrüstungshilfe als eine neue sicherheitspolitische Aufgabe langfristigen Charakters und die hieraus folgende Notwendigkeit einer Mittelaufstockung wurden von ihm bereits auch in seiner Zehn-Punkte-Initiative zur Nichtverbreitung vom 15. Dezember 1993 bekräftigt.

Für Abrüstungshilfe standen im Haushaltsjahr 1993 10 Mio. DM, 1994 aufgrund einer haushaltsrechtlichen Sperre 9 Mio. DM zur Verfügung. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sah für 1995 eine Erhöhung auf 15 Mio. DM vor. Im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Haushaltsgesetzes wurde vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzsituation dieser Betrag auf 13 Mio. DM herabgesetzt.

Die Mittel der Abrüstungshilfe werden etwa zur Hälfte für Unterstützungsleistungen im nuklearen und chemischen Bereich verwendet. Gefördert werden derzeit Projekte in der Russischen Föderation und in der Ukraine.

Um den mit der Abrüstungshilfe verbundenen sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen zu begegnen, wird auch in den kommenden Jahren die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in erheblichem Umfang erforderlich sein.

14. Welche Fortschritte gibt es bei der Einführung einheitlicher Standards für die Kontrolle des Exports nuklearer Materialien?

Im Rahmen der internationalen nuklearen Nichtverbreitungspolitik, deren zentrales Element der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) ist, sind in der Vergangenheit Kontrollregime für die Ausfuhr nuklearrelevanter Güter vereinbart worden. Auf der Grundlage von Artikel III des NVV, der die Weitergabe von spaltbarem Material an Nichtkernwaffenstaaten nur zuläßt, wenn dieses Material Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) unterliegt, wurden im sog. Zangger-Ausschuß Kriterien für die Erfüllung dieser vertraglichen Verpflichtungen erstellt. Die 1974 vorgelegten und laufend überarbeiteten „Zangger-Memoranden“ sind zusammen mit ihren „Trigger-Listen“, d. h. Listen von Gütern, deren Lieferung im Empfängerland das Erfordernis des Artikels III NVV „auslösen“, die erste Vereinbarung einheitlicher Regeln für Nuklearexporte. Dem Zangger-Ausschuß gehören inzwischen 30 Staaten an.

Die „Londoner Richtlinien“ für Nukleartransfers wurden 1976 als eine detaillierte Regelung für alle internationalen nuklearrelevanten Lieferungen vereinbart. Gegenwärtig beteiligen sich mit 31 Staaten die wichtigsten Lieferländer – darunter Rußland sowie zahlreiche osteuropäische Staaten – an dieser „Gruppe Nuklearer Lieferländer“ (Nuclear Suppliers' Group/NSG). Über die im Zangger-Ausschuß definierten Materialien und Ausrüstungen hinaus erfassen die NSG-Regeln auch den Transfer von Technologie und verschärfen die Bedingungen der Ausfuhr.

Beim Plenartreffen der NSG-Mitgliedstaaten 1992 in Warschau wurden zusätzliche Exportkontrollen für nuklearbezogene Mehrzweckgüter durch ein „NSG-Mehrzweckgüter-Regime“ (NSG Dual Use Regime) verabschiedet.

Nichtverbreitungspolitisch hervorzuheben ist die Verschärfung der NSG-Richtlinien durch das NSG-Plenum in Luzern im März/April 1993. Danach ist die Ausfuhr wichtiger Nukleargüter an Nichtkernwaffenstaaten nur noch zulässig, wenn im Empfängerstaat „umfassende Sicherungsmaßnahmen“ („full-scope safeguards“) der IAEO durchgeführt werden, die den gesamten Spaltstofffluß in dessen Hoheitsgebiet kontrollieren. Diese Änderung entspricht im Kern der vom Bundeskabinett bereits mit Beschluß vom 9. August 1990 eingeführten Verschärfung des deutschen Ausfuhrrechts im Nuklearbereich.

Bei dem NSG-Plenum von Helsinki vom April 1995 schließlich gelang es, die Regeln der Exportkontrolle in Einzelbereichen (z. B. Technologie) weiter zu verschärfen.

Deutschland nimmt an diesen internationalen Verhandlungen aktiv teil mit dem Ziel, den bereits erreichten hohen exportkontrollpolitischen Standard für nuklearrelevantes Material zu sichern und nach Möglichkeit noch zu erhöhen.

Darüber hinaus hat die EU unter deutscher Präsidentschaft Ende 1994 eine Mehrzweckgüter-Verordnung beschlossen, die einheitlich in der gesamten Union Anwendung findet. Einer der wichtigen Erfolge deutscher Anstrengungen ist es, daß mit Inkrafttreten dieser EU-Dual-Use-Verordnung zum 1. Juli 1995 in allen Ländern der EU unter anderem auch nichtgelistete Güter einer Exportkontrolle unterliegen, wenn sie ganz oder teilweise bestimmt sind oder bestimmt sein können für Herstellung und Entwicklung chemischer, biologischer oder nuklearer Waffen („Catch-all-Klausel“).

15. Was hat die Bundesregierung getan, damit die IAEO ein Mandat zu Verdachts- und Sonderinspektionen auch bei Dual-use-Gütern erhält?

Mögliche Sonderinspektionen der IAEO in Anlagen, bei denen der Verdacht auf nichtdeklarierte nukleare Aktivitäten besteht, betreffen auch dort vorhandene, für nukleare Zwecke verwendete Dual-use-Güter. Im übrigen wird auch auf die Antworten zu den Fragen 4 und 8 verwiesen.

16. Mit welchen Initiativen hat sich die Bundesregierung für die Einrichtung eines Transferregisters der VN eingesetzt, das sämtliche nuklearen Transfervorgänge und Transferanfragen, einschließlich des Dual-use-Bereichs, umfaßt?

Die Bundesregierung setzt sich für die Einführung eines verbindlichen Systems der „Umfassenden Meldung des internationalen Transfers und der Inlandsproduktion von Kernmaterial und

**Drucksache 13/1942**

Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode

wesentlicher Nuklearausrüstung“ („Universal Reporting System“) bei der IAEO ein. 1992 faßte der IAEO-Gouverneursrat einen Beschluß, wonach zunächst nur ein entsprechendes Meldesystem mit freiwilliger Beteiligung eingeführt werden sollte. An diesem freiwilligen Meldesystem beteiligen sich derzeit ca. 30 Staaten, darunter alle EURATOM-Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung hat sich auf der NVV-Konferenz 1995 für eine breitere Anwendung des Systems der „Umfassenden Meldung“ ausgesprochen.

Printed matter 13/1942  
04.07.95  
German Bundestag  
13th legislative period  
Response  
of the Federal Government

to the small inquiry of the SPD faction-Printed Matter 13/1455  
Strengthening of the Nuclear Non-Proliferation Treaty

With the May 1995 indefinite extension of the non-proliferation treaty a necessary, but in no way sufficient, a step has been taken to further maintain a limit on the number of atomic weapons states. Aside from an agreement binding by international law about the end of nuclear weapons testing and further nuclear disarmament steps, it will also be decisive for the future effectiveness of this treaty whether it succeeds in improving and completing construction of the control regimes to be created in connection with the treaty. With this goal the German Bundestag had unanimously approved a related report on June 23, 1993.

1. What has the Federal Government done to implement the resolution passed by the German Bundestag on non-proliferation of nuclear weapons on June 23, 1993?

The Review and Extension Conference of the Nuclear Non-proliferation Treaty (NPT) agreed to the indefinite extension of the NPT by consensus on May 11, 1995, after four weeks of intensive meetings.

The Federal Government has thereby reached the goal it set with its partners, which is also the core of the resolution adopted by the German Bundestag on June 23, 1993. The consequent concept sought by the Federal Government has been accepted, that nuclear disarmament and international cooperation in the peaceful use of nuclear energy are only possible on the durably secured basis of the NPT. The conference result will not only ensure the durability of the non-proliferation system, but also contribute to its strengthening and global validity. Both documents reached by consensus at the conference add to the structure and content of the future treaty reviews, while simultaneously spurring further progress in nuclear disarmament, particularly for talks on a comprehensive nuclear test ban and a production ban for fissile material for weapons purposes.

Not least among substantial contributions for the result that was reached have been significant efforts and lobbying work for nearly three years by Western states, which the Federal Government has participated in actively. In particular, we made significant contributions through worldwide diplomatic actions under the framework of the EU "Joint Action in Preparation for the NPT Conference" co-initiated by us, and countless bilateral talks with key states.

In the future, as a result of its active role in the extension of the NPT, the Federal Government will also visibly endorse the strengthening of the non-proliferation policy environment.

2. Which steps has the Federal Government undertaken for the strengthening of the control capacity of the IAEA?

The intensive efforts of the IAEA for the strengthening of control measures are supported by the Federal Government. With essential cooperation by its German membership, the IAEA's executive body, the Board of Governors, after the experience of Iraq and North Korea, has resolved the following:

- Obligation of treaty signatories to provide information about the construction and design of planned facilities as early as possible to the Secretariat ("Early Design Information");

- Implementation of the "Universal Reporting System," according to which the treaty signatories voluntarily obligate themselves to report on the transfer of nuclear material, specific armaments, and non-nuclear materials to the IAEA. EURATOM participates in this system, and thus Germany does as well;

- Strengthening of the right of the IAEA to carry out special inspections.

The Federal Government is substantially engaged through its active cooperation in the Board of Governors and in an IAEA Expert Advisory Council in the development and testing of an integrative overall concept for strengthening the effectiveness and improvement of the efficiency of the security system (the "93 + 2" Program).

3. What recommendations has the Federal Government made for expanding the IAEA's inspection rights?

The program developed by the IAEA Secretariat under instruction from the Board of Governors and with its cooperative guidance for the strengthening of the security system has been generally approved by the Board of Governors in its March 1995 session. The Federal Government supports the recommendations contained therein for the expansion of the IAEA's inspection rights (expanded information rights, expanded access). The Secretariat with the other member states will need to more closely consider the concrete implementation of these and other recommendations, e.g. the introduction of new verification methods (inspections of surrounding areas), particularly with regard to scope, preconditions, justification, and constraints.

4. What recommendation has the Federal Government made for oversight of suspicious situations in undeclared facilities?

After the experiences in Iraq and North Korea the Federal Government has emphatically expressed its support in the IAEA Board of Governors for strengthening the Secretariat's control capacities and capabilities, particularly with respect to the discovery of undeclared facilities. The Federal Government is thus of the opinion that in suspicious cases, as for example in North Korea, the seldom used authority of the IAEA to carry out special inspections can be an appropriate and efficient means.

5. What initiatives has the Federal Government taken to include facilities and parts of facilities in the IAEA's inspection regime?

The key point for the IAEA's security measures according to the NPT's guidelines is the fuel supply. Inspection activities are concentrated on (video) surveillance of the materials inside a closed, sealed container or rooms and the taking of samples at key points.

In the case of uncertainty or a deficit of information a special inspection can be ordered, which can include access not only to the named information and measuring points, but also "other localities." Such an inspection right relates to, among other things, facilities and parts of facilities. The Federal Government is strengthening the IAEA expressly in its right to carry out this authority in suspicious cases.

6. What measures has the Federal Government taken to include all civil nuclear facilities in all NPT signatory states, including nuclear weapon states, under the IAEA's controls for fissile materials?

Since all non-nuclear weapon states are treaty-obligated by the NPT to sign a Comprehensive Safeguards Agreements with the IAEA, all of their declared nuclear facilities are fundamentally subject to IAEA controls. Civil nuclear facilities in nuclear weapon states have until now only been subject to IAEA controls insofar as these states have submitted themselves to this voluntarily and the IAEA has had capacity to carry out inspections. Under advisement from the IAEA Board of Governments as well as the NPT Conference, the Federal Government has emphatically encouraged the inclusion of civil nuclear facilities in nuclear weapon states under the IAEA's system of controls. In the final report of the Conference's Main Committee II (Examination of the Implementation of the NPT's Security Provisions) the delegations unanimously supported a broader application of fissile material controls in such facilities.

The recommendation contained in the German non-proliferation initiative of December 15, 1993 for an International Plutonium Regime (IPR) is also aimed at this goal. Under this initiative, a binding international regime would be created, which would work through transparency and independent controls in a way that builds trust. The regime would eliminate as far as possible proliferation and military repurposing of weapons-capable materials stemming from disarmament. It would be aimed at all states, independent of their status within the non-proliferation regime, would bring security measures for plutonium and highly enriched uranium to the highest possible level. The goal of this would be to completely account for all stockpiles worldwide.

7. Has the Federal Government made budgetary plans to assist in financing the equipping of the IAEA technically and in terms of personnel?

The degree to which the implementation of the earlier mentioned additional measures for the strengthening of the control system will require further equipping the IAEA technically and in terms of personnel in the medium term is not yet particularly clear. The IAEA Secretariat is currently under the assumption that the first planned measures for implementation in 1996 can be financed under the proposed budget for this year. Moreover, these financial considerations should include the fact that the proposed measures for the improvement of cost efficiency (e.g. new technical verification methods of strengthened cooperation with state or regional control systems, e.g. EURATOM) will lead to not insignificant cost savings and thereby provide financial means for planned additional measures. The Federal Government will consider any potential financial need arising in the medium term in the IAEA's budget for security measures at the given time, taking into account the non-proliferation policy significance of the IAEA security measures.

In this context it is important to note that under the framework of the German support program for IAEA security measures, research and development work is being carried out in cooperation with the Inspectorates of the IAEA and EURATOM. The cost of this program is around 1 million DM annually, not including personnel and material costs at participating industrial and research concerns.

8. Which of the German Bundestag's recommendations for improving the effectiveness of the control regime for non-proliferation has the Federal Government accepted and carried out?

What initiatives has the Federal Government taken to subject new nuclear technological developments to international control?

The goal and purpose of some of the German Bundestag's recommendations have entered into the Resolutions of the IAEA Board of Governors from February 1992 and February 1993. The Resolutions have been quickly adopted and have already contributed to the strengthening of the system of security measures.

According to the Board of Governors Resolution of February 1992 the treaty signatory states are obligated to provide information about the construction and design of planned nuclear facilities as early as they possibly can to the IAEA, in order to ease preparation for carrying out security measures. This information, updated as needed, about existing nuclear facilities and their planned modifications contribute significantly to the transparency of nuclear programs. Moreover, Germany participates via EURATOM in the IAEA's voluntary universal reporting system. The circle of countries participating in this system is growing and in the future will include-according to expectations-the overwhelming majority of IAEA members. The list of good and equipment requiring notification is continually updated and also includes nuclear-related multi-purpose goods.

In answer to question 2, reference is made to the IAEA Board of Governors Resolution particularly supported by the Federal Government strengthening the IAEA's right to carry out special inspections.

Through considerable contributions from the German support program for security measures the IAEA Secretariat has also made important progress in developing modified and new technical verification systems (e.g. more efficient and more powerful surveillance cameras).

Technical optimization of existing verification technologies and development of new ones are also the result of joint research and development work from the IAEA and EURATOM.

In this and other areas (joint use of devices, equipment, and research labor) the IAEA and EURATOM are cooperating to avoid costly duplication of effort. The framework of the "New Partnership Approach," which in April 1992 was furnished with concrete benchmark figures, calls for joint implementation of inspections, whereby personnel and technical expenses should be reduced. The implementation of the planned measures has already led to initial savings of IAEA efforts and gives reason to expect further clear cost savings.

With regard to the inclusion of new nuclear technological developments in the security system, the Federal Government assumes that the basic technical

characteristics of the facilities, in which these developments are meant to be applied, will be communicated to the IAEA in a timely manner before the nuclear materials are brought in, and thereby the appropriate implementation of security measures is assured. Moreover, the IAEA also has here the capability of special inspections.

9. What measures from the IAEA's proposed reform program (the "93 + 2" Program) for the improvement of the IAEA's information access and transparency of nuclear material stockpiles does the Federal Government support?

Here reference is made to the answers to questions two, three, four, and eight.

10. What objections does the Federal Government raise against environmental sampling, in which samples of water, soil, and air are taken and inspected?

The taking of water, soil, or air samples inside or on the territory of nuclear facilities as well as in the immediate area of facilities is considered by the Federal Government as a useful and effective measure for inspecting indicators of the operators' intended design and use of facilities. The particulars of the scope, technical and organizational prerequisites, and conditions for taking such environmental samples (as well as, among others, the question of comparison samples by the relevant operator state) still need to be considered. The technical feasibility as well as the predictive capability of comprehensive, far-reaching environmental samples over a lengthy span of time (Wide Area Environmental Monitoring) are currently being tested by technical experts.

11. Is the Federal Government currently prepared to refrain from the use of HEU in research reactors, in recognition of manifold national and international objections?

The Federal Government absolutely considers it proper to refrain from the use of HEU in research reactors.

Research with neutrons currently requires particularly powerful radiation sources. For this reason the FRM II Project is seeking a neutron flux ( $8 \times 10^{14}$  n/cm<sup>2</sup> x s) that approaches that of the most powerful research reactor worldwide at the ILL (Institut Laue-Langevin) in Grenoble. The reactor concept relies on conventional nuclear fission induced by slow neutrons. The use of HEU in this instance offers particularly useful advantages.

In the early planning phase of the FRM II in the mid-eighties the project group at the Technical University of Munich examined alternative concepts, also in consideration of the degree of enrichment of the fuel. The decision of the reactor concept that resulted with a compact highly enriched fuel element is based on the experience of the ILL reactor. The FRM-II's instruments promise particularly powerful measuring capability with low operating costs, low environmental impact, and low plutonium accumulation.

Otherwise the peaceful use of highly enriched uranium is viewed as completely permissible under international controls and the NPT (outcome of the Review Conference of May 1995), as well as the INFCE Conference (International Fuel Cycle Evaluation) for specific scientific purposes.

12. What measures for the disposal of plutonium and other weapons-capable fissile materials does the Federal Government support?

Under the framework of nuclear disarmament assistance there have been discussions for some time with the Russian side on options to disable for further military use weapons-grade plutonium from former Soviet weapons made available by disarmament, so that it can be transferred for energy-generating purposes.

The first result has been a German-Russian technical study "The Production of Uranium and Plutonium Fuel from Weapons-Grade Plutonium and the Possibility of its Use in Nuclear Energy Science," which was completed in February 1995 and submitted to the Foreign Office as the client. The study was financed from the disarmament assistance budget at a cost of 1 million DM.

In the course of treaty-agreed or unilaterally declared disarmament measures, over 100 tons of weapons grade plutonium will be made available in the coming years in Russia. In the submitted study the options for solving this under the objective of disarmament policy are examined. This includes in particular the suitability of the "Plutonium Uranium Mixed Oxide (MOX) procedure". The study lays out a number of recommendations for the continuation of German-Russian cooperation in this area.

For this purpose, 2 million DM from the disarmament budget are planned for 1995. The disposal and recycling concept of the Federal Government anticipates that plutonium will be repurposed from German fuel elements into MOX fuel elements and used in nuclear power plants.

13. Why is the Federal Government only providing 13 million DM for nuclear disarmament in Russia, Belarus, Kazakhstan, and the Ukraine, a sum that is wholly insufficient in view of the scope of disarmament to be achieved in these states and the German interest in this disarmament?

Does the Federal Government consider disarmament assistance for the four successor states of the former Soviet Union to be of secondary importance?

The Federal Government has consistently called for raising the budget for disarmament assistance. Federal Minister Dr. Klaus Kinkel more than once expressed views along these lines before the German Bundestag. The importance of disarmament assistance as a new security policy task of a long-term nature and the consequent necessity of a budgetary increase were already reinforced by him on his Ten Point Initiative on Non-Proliferation of December 15, 1993.

In the 1993 fiscal year 10 million DM was available for disarmament assistance, and 9 million in 1994 because of budgetary rules limiting spending. The Federal Government's proposed budget for 1995 contained an increase to 15 million DM. In the course of parliamentary debate on the budget bill this sum was reduced to 13 million DM in light of the overall financial situation.

The budget for disarmament assistance will be used for about half of the support provided in the area of nuclear and chemical weapons. Current projects in the Russian Federation and in the Ukraine are being facilitated.

In order to meet security policy challenges associated with disarmament assistance appropriately, it will also be necessary in the coming years to provide considerably comprehensive budgetary funds.

14. What progress is there in introducing equal standards for the control of nuclear material exports?

Under the framework of international nuclear non-proliferation policy, whose central element is the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT), control regimes have been agreed to in the past for the export of nuclear-related goods. On the basis of Article III of the NPT, which permits the transfer of fissile material to non-nuclear weapon states, only if this material is subject to the International Atomic Energy Association (IAEA)'s safeguards, criteria for the implementation of this treaty obligation were drawn up by the so-called Zangger Committee. The Zangger Memoranda, submitted in 1974 and continuously updated, together with their "Trigger Lists," i.e. lists of goods whose supply to recipient countries require an Article III "resolution" under the NPT, are the first agreement on unitary rules for nuclear exports. The Zangger Committee currently has 30 member states.

The "London Guidelines" for nuclear transfers were agreed upon in 1976 as a detailed regulation for all international nuclear-related deliveries. Currently 31 states are participating in this Nuclear Supplies Group (NSG) with the most important supply countries, including Russia as well as numerous Eastern European states. In addition to the materials and disarmaments defined by the Zangger Committee the NSG rules encompass the transfer of technology and sharpen the conditions for export.

At the Plenary Meeting of the NSG member states in 1992 in Warsaw additional export controls for nuclear-related multi-use goods were passed through an "NSG Dual Use Regime."

Worth mentioning in terms of non-proliferation policy is the sharpening of NSG guidelines by the NSG Plenum in Luzern in March/April 1993. After this the export of important nuclear goods to non-nuclear weapon states is only still allowable if the recipient country has carried out the IAEA's full scope safeguards, which control the full flow of fissile material within the country's sovereign territory. This change relates in principle to the tightening of German export law on nuclear material, which was already introduced by the Federal Cabinet with its Resolution of August 9, 1990.

At the NSG Plenum in Helsinki in April 1995 a further tightening of export control rules in individual areas (e.g. technology) was finally achieved.

Germany is actively participating in these international discussions with the goal of securing the high export control policy standard for nuclear-related materials that has already been attained and raising it further as much as possible.

Moreover, the EU under Germany's Presidency at the end of 1994 has passed a Dual-Use Goods Regulation, which is being applied consistently across the entire EU. One of the most important successes of the German efforts, among others, is that after this EU Dual Use Regulation entered into force on July 1, 1995 in all countries of the EU even non-listed goods are subject to an export control if they are wholly or partially determined or could be determined to be for the production and development of chemical, biological, or nuclear weapons (the "catch-all clause").

15. What has the Federal Government done to provide the IAEA with a mandate for special inspections and inspections in suspicious cases, even for dual-use goods?

Any possible IAEA special inspections in facilities suspected of undeclared nuclear activities can also be related to dual-use goods existing there being used for nuclear purposes. Otherwise reference is made to the answers to questions four and eight.

16. What initiatives has the Federal Government promoted for the establishment of a UN transfer register encompassing all nuclear transfers and requests for transfer, including the area of dual use?

The Federal Government supports the introduction of an obligatory Universal Reporting System for international transfer and domestic production of nuclear material and substantial nuclear disarmament at the IAEA. In 1992 the IAEA Board of Governors passed a Resolution according to which only a reporting system with voluntary participation will be introduced. Currently around 30 states participate in this voluntary reporting system, including all EURATOM states and the Federal Republic of Germany. The Federal Government expressed support at the NPT Conference in 1995 for a broader application of the Universal Reporting System.